



Mehr Geld für Auslandsschulen

Pieper: Auch Privatschulanbieter als Betreiber denkbar

oll. BERLIN, 8. Mai. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt Pieper (FDP) will sich dafür einsetzen, dass im Haushalt des kommenden Jahres 26 Millionen mehr für Auslandsschulen vorgesehen werden. Um den Schulen auch für die kommenden Jahre Planungssicherheit zu geben, will Frau Pieper ein Auslandsschulfinanzierungsgesetz auf den Weg bringen, das ihre Arbeit langfristig absichern soll. Durch die Kürzung der Schulbeihilfen im vergangenen Jahr war es an einigen Schulen zu empfindlichen Erhöhungen des Schulgeldes gekommen. Dies lief dem Prinzip zuwider, dass die deutschen Auslandsschulen allen Gesellschaftsschichten und nicht nur den zahlungskräftigen offenstehen sollten.

Als öffentlich-private Partnerschaft werden etwa 80 bis 90 Prozent der Ausgaben der 140 Auslandsschulen von den Schulen selbst erwirtschaftet; die personelle Förderung macht den weitaus größeren Anteil der Gesamtförderung durch den Bund aus. Die Länder beurlauben ihre Lehrer zur Arbeit an einer Auslandsschule, denn diese kann nur dann das anerkannte Abitur oder das Deutsche Sprachdiplom verleihen, wenn eine bestimmte Anzahl sogenannter Auslandsdienstlehrkräfte dort unterrichtet.

Frau Pieper möchte dafür sorgen, dass die Schulen budgetiert werden, damit sie noch mehr entsprechend qualifi-

zierte Ortsdienstlehrkräfte zusätzlich einstellen können. Das sind Lehrer aus dem Land, in dem sich die Auslandsschule befindet. Außerdem sollen nach den Vorstellungen des Auswärtigen Amtes die Schulleiter besser bezahlt werden, um die Bewerberlage zu verbessern.

Wie Frau Pieper im Gespräch mit dieser Zeitung sagte, will sie das Auslandsschulwesen auch für Privatschulanbieter öffnen, solange der Charakter der Deutschen Auslandsschule mit deutschen Abschlüssen, Unterricht durch Muttersprachler, sozialer Staffelung des Schulgelds und kulturellem Deutschlandbezug erhalten bleibt. Schulvereine sollten sich dazu entscheiden können, die Schule künftig durch einen Privatschulanbieter betreiben zu lassen. Der Ausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestags hat dazu in einer parteiübergreifenden Resolution zu Beginn dieses Jahres festgehalten, dass es einen „Paradigmenwechsel von Gemeinnützigkeit auf Gewinnorientierung“ nicht geben solle. Umstritten ist Frau Piepers Vorschlag, in möglichst vielen deutschen Auslandsschulen innovative Unterrichtskonzepte mit digitalen Medien einzuführen. Der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz Thies sagte dazu, entscheidend sei für die Qualität des Unterrichts der Kontakt zwischen Lehrer und Schüler.